

## **Antrag**

**der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Neue Chancen für Ostdeutschland**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

#### **1. Problemstau überwinden**

In den acht Jahren seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR hat sich in Deutschland ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Dieser Wandel ist nur zum Teil eine unmittelbare Folge der Vereinigung Deutschlands nach mehr als 40 Jahren Teilung. Von erheblicher Auswirkung ist auch die Auflösung des Ost-Blocks und die damit verbundene Ausbreitung der kapitalistischen Marktwirtschaft. Diese Veränderungen sind von der Politik bisher nur unzureichend verarbeitet worden.

Die deutsche Wirtschaft und besonders die Arbeitsplätze sind unter einen in der DDR völlig unbekannten und in der alten Bundesrepublik Deutschland in dieser Schärfe bisher nicht erfahrenen Wettbewerbsdruck geraten. Das fiskalische System ist an seine Grenze gestoßen. Steuerflucht und -vermeidung von Unternehmen und Wohlhabenden auf der einen Seite eine dauerhaft hohe Belastung der öffentlichen Haushalte auf der anderen höhlen die Staatsfinanzen aus. Die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürgerinnen und Bürger wuchs dagegen unerträglich an.

Die ostdeutsche Wirtschaft ist aufgrund fehlender Voraussetzungen für die Marktwirtschaft und in Folge einer rabiaten Systemumstellung zunächst fast vollständig zusammengebrochen. Sie ist in den vergangenen Jahren nur durch immense Finanztransfers am Leben geblieben und kommt nur mühselig in Schwung.

Trotz des Entstehens zahlreicher neuer Arbeitsplätze ist die Arbeitslosigkeit in einer Weise angestiegen, wie es noch vor wenigen Jahren kaum jemand für möglich, geschweige denn für verkraftbar gehalten hätte. Heute sind über vier Millionen registrierte Arbeitslose traurige Realität. Eine schnelle Besserung ist nicht zu erwarten.

Die Systeme der sozialen Sicherung werden angesichts eines finanziell beinahe handlungsunfähigen Staates und wegen der anwachsenden Arbeitslosigkeit zunehmend brüchig.

Diese Entwicklungen werden von den Menschen in ganz Deutschland vorwiegend als Bedrohung empfunden. Vermeintlich selbstverständliche Sicherheiten haben sich als trügerisch erwiesen. Vor allem die in der DDR von Staats wegen garantierte und in Westdeutschland zumindest für große Teile der Bevölkerung gegebene Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Altersversorgung sind obsolet bzw. zweifelhaft geworden. Unsicherheit und Zukunftsangst haben sich ausgebreitet. Sinkende Geburtsraten, Konsumzurückhaltung auch bei steigenden Einkommen und eine überzogene Kriminalitätsdebatte sind dafür nur einige Anzeichen. Es ist nicht verwunderlich, daß es den Menschen nicht leichtfällt, die deutsche Einheit als einmalige Chance zu betrachten.

Es ist beinahe Mode geworden, negative Erscheinungen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung aufzuzählen. Der Nutzen dagegen, den die Menschen aus dieser Entwicklung bereits gezogen haben und in Zukunft noch ziehen werden, ist oft schwer zu fassen und rückt in den Hintergrund. Das Ende der Bedrohung durch den kalten Krieg, die Befreiung von staatlicher Bevormundung und Repression, das im großen und ganzen erheblich gestiegene Einkommens- und Versorgungsniveau, die Wiederaneignung eines über Jahrzehnte abgeschnittenen Umfeldes sind heute fast selbstverständliche Errungenschaften, für die kaum mehr jemand bereit ist, im Nachhinein den Preis zu entrichten. Zumal die Lasten der Einheit von Anfang an verharmlost wurden und äußerst ungerecht verteilt waren. Vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mußten und müssen die Hauptlast tragen.

Die Herausforderungen der deutschen Einheit sind längst nicht bewältigt. Wenn sich die mentale und kulturelle Spaltung in der Einheit nicht vertiefen soll, wenn die Kassandrarufer nicht recht bekommen und die Apologeten der DDR, die mit der Mär auf Stimmenfang gehen, so schlecht sei es doch gar nicht gewesen in der DDR, nicht Erfolg haben sollen, dann muß die Einheit erfolgreich vorangebracht werden. Das liegt im Interesse der Menschen in Deutschland, es liegt im Interesse der demokratischen Parteien und es ist notwendige Bedingung für das Gelingen der europäischen Einheit.

Die Nöte von heute verstellen den Blick für die Notwendigkeiten von morgen. Der Finanzminister ist mit der unsoliden Finanzierung der deutschen Einheit in größere Nöte geraten, so daß er jetzt auf die Fördermittel Ost als Mittel zur Haushaltskonsolidierung zurückgreift. Einige Regierungen westdeutscher Länder zeigen als Reaktion auf den von ihnen mitgeschürten Unmut über das vermeintliche Faß ohne Boden Härten gegenüber Ostdeutschland.

Notwendig sind in dieser Situation entschlossene gesamtgesellschaftliche Reformen. Zentrale politische Projekte wie die ökologische Steuerreform, die aufkommensneutrale ökologisch orientierte und sozial gerechte Reform der Einkommensteuer, eine Neuorientierung der Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die bes-

sere Unterstützung des Mittelstandes und die soziale Grundsicherung können die Voraussetzungen für eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gerade auch in Ostdeutschland entscheidend verbessern.

## **2. Aufbau-Ost-Förderung fortsetzen**

Notwendig ist eine konsequente Fortführung und mittelfristige Absicherung der Förderung für den Ausbau Ost auf dem derzeitigen Niveau. Die wirtschaftliche Förderung des Aufbau Ost ist eine dauerhafte Aufgabe. Dem müssen die Leitlinien für die Förderung nach 1998 entsprechen. Die Förderstrategie muß in ihren Grundzügen langfristig und berechenbar angelegt sein. Die Höhe der gesamten Aufbau-Ost-Förderung muß für mindestens fünf Jahre auf dem derzeitigen Niveau festgeschrieben werden. Die Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft rechtfertigt keinen weiteren Abbau der Förderung.

Der Schwerpunkt der Förderung muß künftig beim verarbeitenden Gewerbe und den produktionsorientierten Dienstleistungen liegen. Erheblich verstärkt werden müssen die Förderung von Forschung und Entwicklung und die Absatzförderung. Besondere Bedeutung kommt dabei einer umfassenden Innovationsförderung zu. Vordringlich bleibt der Aufbau einer breiten Basis von Selbständigen, von kleinen und mittleren Unternehmen. Die Programme der betrieblichen Förderung müssen vereinfacht und zu einzelnen Förderbausteinen zusammengefaßt werden. Die relativ leistungsfähigen Zentren Ostdeutschlands sind für eine selbsttragende Entwicklung Ostdeutschlands von entscheidender Bedeutung und dürfen daher nicht zu früh aus der Förderung entlassen werden.

## **3. Effizienz der Regionalförderung steigern**

Das Instrument der Regionalförderung (Ost und West) muß in seinem Bestand gesichert werden. Zugleich bedarf es aber einer gründlichen Reform, um seine Aufgaben besser als bisher erfüllen zu können.

Die Regionalförderung sollte konsequenter als bisher lang- und mittelfristig orientiert Standortnachteile und Engpaßfaktoren zu fördernder Regionen beseitigen bzw. ausgleichen. Da diese nicht generell in einer unzureichender Sachkapitalausstattung liegen, sondern ebenso das Humankapital, mangelnde Innovationsimpulse, unzureichende Koordination und Markttransparenz betreffen können, soll der einseitige Vorrang der Sachkapitalförderung aufgegeben werden. Elemente der produktiven Arbeitsförderung wie Lohnkostenzuschüsse sollten auch im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung eingesetzt werden können.

Die vorherrschende Zielvorstellung der Stärkung der Exportbasis einer Region soll durch das umfassende Leitbild der Förderung endogener Potentiale ersetzt werden. Damit werden Exportbasisstrategien nicht generell ausgeschlossen, die ausschließliche Förderung von Exportbasisinvestitionen wird jedoch aufgegeben. Die

Bezuschussung von Infrastrukturinvestitionen sollte gleichfalls von der Bindung an Exportbasis-Gewerbe befreit werden. Eine Ausweitung auf weiche Standortfaktoren unterstützende Infrastruktur (ÖPNV, Erholungsgebiete, Freizeiteinrichtungen, kulturelle Einrichtungen) sollte möglich sein.

Die Vergabe von Investitionszuschüssen sollte neu geregelt und eingeschränkt werden. Die Positivliste von Branchen, die einen Primäreffekt aufweisen, ist abzuschaffen. Sie kann durch eine Negativliste ersetzt werden, die Branchen enthält, die grundsätzlich nicht gefördert werden.

Regionen, die von der „Gemeinschaftsanlage zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert werden können, sollen grundsätzlich ein Integriertes Regionales Entwicklungskonzept erarbeiten, in dem die Entwicklungsziele und Handlungsprioritäten der Region festgelegt werden. Die bereits bestehende Regelung, nach der mit Regionalen Entwicklungskonzepten übereinstimmende Vorhaben bevorzugt gefördert werden sollten, ist nach einer Übergangszeit verbindlicher zu gestalten.

#### **4. Solidaritätszuschlag weiter notwendig**

Die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Solidaritätszuschlages ist finanziell nicht vertretbar und unseriös. Der Solidaritätszuschlag kann nur in dem Maße schrittweise zurückgeführt werden, wie der Aufbau Ost vorankommt, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland maßgeblich verbessert haben und eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Der Solidaritätszuschlag ist die einzige Abgabe, die sich sozial gerecht am Einkommen der Bürger und Bürgerinnen orientiert. Wenn in der gegenwärtigen Situation der Solidaritätszuschlag abgebaut wird, führt dies zu einer noch stärker asymmetrischen und damit unsozialen Finanzierung der weiterhin notwendigen hohen Transferleistungen oder aber zu einer Verringerung dieser Leistungen mit allen negativen wirtschaftlichen Folgen in Ostdeutschland. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland wäre eine Beibehaltung des Solidaritätszuschlages in der bisherigen Höhe aber schon deshalb geboten, um mit diesen Mitteln zusätzliche Beschäftigung in Ostdeutschland zu fördern.

#### **5. Ökologischer Strukturwandel hilft dem Aufbau Ost**

Die bisherigen Strategien der Bundesregierung für den Aufbau Ost sind nicht nur in wirtschaftlicher und struktureller Hinsicht sondern auch umweltpolitisch das Gegenteil von „nachhaltig“. Umweltpolitik in den neuen Ländern beschränkt sich bislang im wesentlichen auf Reparatur und Vergangenheitsbewältigung und wirkt so nicht unmittelbar motivierend und zukunftsgerichtet.

Aufgrund der Versäumnisse und Fehler der Bundesregierung ist eine Politik, die auf einen ökologischen Strukturwandel setzt und damit auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lei-

stet, heute weitaus schwieriger zu realisieren als noch vor einigen Jahren. Staatlicher Ausgaben- und Förderpolitik, steuer- und kreditfinanzierten staatlichen Nachfrageprogrammen sind einige Grenzen gesetzt. Um so größere Bedeutung besitzt ein strukturell wirksames Konzept.

Notwendig ist ein schlüssiger und zukunftstauglicher wirtschaftspolitischer Rahmen, der die ökologische Sanierung und die ökologische Modernisierung mit sozialen Aspekten vor allem der schnellen Schaffung zukunftsgerichteter und dauerhafter Arbeitsplätze in Ostdeutschland verbindet.

Nach wie vor gibt es im Bereich der Infrastruktur einen erheblichen Investitionsbedarf. Beim weiteren Ausbau der Infrastruktur müssen die Weichen aber stärker in Richtung einer ökologischen und nachhaltigen Entwicklung gestellt werden. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur bedeutet dies den Verzicht auf überflüssige Autobahnprojekte und den Transrapid zugunsten eines verstärkten Ausbaus der Schienenwege und des Öffentlichen Personenverkehrs. Bei der Energieversorgung geht es um das Aufbrechen der Versorgungsstrukturen und um bessere Marktzugangsbedingungen für erneuerbare Energien. Die Revitalisierung der Innenstädte sowie die behutsame, preiswerte und umweltgerechte Sanierung des Wohnungsbestandes sind Aufgaben, die auch der Bauwirtschaft neue tragfähige Perspektiven bieten können. Notwendig ist die Auflage eines Infrastrukturprogramms Ost als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.

Ein ökologisch orientierter Strukturwandel bietet Chancen für neue Produktionszweige und Produkte, stärkt noch vorhandene Branchen, stabilisiert Arbeitsplätze und kann zu positiven Beschäftigungswirkungen führen. Dieser Strukturwandel muß so gestaltet werden, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit bewahrt bzw. verbessert wird. Ökologische Innovation setzt daher auch auf die Entwicklung von exportfähigem Know-how. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von Zukunftstechnologien, also von Produktionsverfahren und Produkten, die der Vermeidung von Umweltschäden, von Schadstoffen und von Gesundheitsgefährdungen dienen, um Sanierungsmaßnahmen im weitesten Sinne sowie um die Schaffung eines umweltorientierten Dienstleistungssektors, der auch zur Stärkung der regionalen Entwicklung beitragen kann.

Ostdeutschland hat noch immer die Chance, eine EU-weit führende Region für nachhaltiges Wirtschaften und Umweltsanierung sowie -dienstleistungen zu werden. Durch den Aufbau einer weltweit führenden Umweltbranche in den neuen Ländern besteht die Möglichkeit, durch nachweisbare Kompetenz Wettbewerbsvorränge auf internationalen Märkten zu gewinnen.

## **6. Forschungsstandort Ostdeutschland stärken**

Das Gewicht forschungsintensiver Güter und Dienstleistungen aus den neuen Bundesländern ist im gesamtdeutschen Vergleich äußerst niedrig. Der dramatische Zusammenbruch der Industrieforschung in den neuen Ländern ging einher mit der Erosion der

„industriellen Kerne“ der ehemaligen DDR. Der Abbau der Kapazitäten in der Industrieforschung ist bis heute nicht völlig abgeschlossen und hat zum Absinken der Anteile der neuen Bundesländer am deutschen Industrieforschungspotential auf unter fünf Prozent geführt. Eine gewisse ökonomische Dynamik verheißen die FuE-Aktivitäten in den kleinen und mittleren Unternehmen. Doch auch hier sind wirtschaftliche Erfolge noch keineswegs sicher.

Die Bundesregierung versucht den negativen Auswirkungen ihrer eigenen Politik mit einer Vielzahl an Programmen der Forschungsförderung entgegenzuwirken. Die zur Verfügung stehenden Gelder nehmen jedoch ständig ab. So kann sie den Mangel an privatem Wagniskapital für kleine und mittlere Unternehmen und das Fehlen funktionierender Beteiligungsmärkte keineswegs ausgleichen.

Etwas besser ist die Situation hinsichtlich der öffentlichen Forschungslandschaft. Hier konnten zumindest einige wichtige Wissenschaftsstandorte gesichert werden und für eine Reihe von neuen Einrichtungen das Fundament gelegt werden. Verheerend sind jedoch die Auswirkungen der gescheiterten Integration vieler positiv evaluierter ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hier wurde ein für den Wissenschaftsstandort Ostdeutschland unverzichtbares Humankapital freigesetzt und entwertet.

Die Bundesregierung hat es versäumt, den mit der Herstellung der deutschen Einheit begonnenen Transformationsprozeß als Chance für eine grundlegend erneuerte Forschungslandschaft zu nutzen, die Innovation und Nachhaltigkeit miteinander verbindet.

Jetzt kommt es darauf an, die Forschungsförderung für die neuen Länder zu verstärken, die bestehenden Potentiale zu sichern und die FuE-Förderung für innovative Unternehmen ressortübergreifend zusammenzufassen. Wichtig hierbei sind eine bessere und verlässlichere finanzielle Ausstattung, mehr Transparenz und unbürokratische Verfahren. Auch das Instrument der Innovationszulage sollte genutzt werden. Die öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen dringend mehr Handlungsspielraum und Planungssicherheit, um im Wettbewerb bestehen zu können.

## **7. Impulse für den Arbeitsmarkt**

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wird immer desolater. Zur Zeit fehlen in Ostdeutschland fast zwei Millionen Arbeitsplätze. Die Zahl der Beschäftigten nimmt weiter ab, die Entlastungen durch Arbeitsmarktpolitik sind im Vergleich zum Vorjahr drastisch gesunken. Mit den massiven Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung im Osten Hunderttausende zusätzliche Arbeitslose in Kauf genommen, ohne auf der anderen Seite sinnvolle beschäftigungspolitische Konzepte anzubieten.

Gerade in Ostdeutschland ist eine Förderung vonnöten, die einerseits die Ausstattung der Wirtschaft mit neuen, technologisch hochwertigen Kapitalgütern unterstützt und andererseits auf die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen gerichtet ist. Dies erfordert auch eine völlige Neuorientierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Um die Effizienz von Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen und Synergieeffekte zu erzeugen, müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente grundsätzlich mit denen der regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik verknüpfbar gestaltet werden.

Investitions- und Beschäftigungsförderung sind so miteinander zu verbinden, daß zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, Gelder, die ansonsten für die unproduktive Finanzierung von Arbeitslosigkeit verwendet würden, zur Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, nach dem Prinzip „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“, im Rahmen der „Gemeinschaftsanlage zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einzusetzen. Diese Förderung soll ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen begünstigen, die investieren und zusätzlich Arbeitsplätze schaffen. Diesen ist eine Wahlmöglichkeit zwischen einer Lohnsubvention und einem Investitionszuschuß einzuräumen. Ein solches Förderkonzept kann die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen positiv beeinflussen, indem die Bewilligung der zeitlich befristeten Lohnkostenzuschüsse an die Durchführung einer Mindestinvestition gekoppelt und damit ein Mindestmaß an Kapitalausstattung sichergestellt wird. Die für die Arbeitsmarktpolitik bisher entscheidende Frage der Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt erweist sich als gegenstandslos, da die vorgeschlagene Beschäftigungsförderung strikt auf den ersten Arbeitsmarkt gerichtet ist, und eine Substitution regulär subventionierter Beschäftigung ist aufgrund der Förderbedingungen so gut wie ausgeschlossen.

Angesichts der dramatischen Lage am Arbeitsmarkt erweist sich die derzeitige gesetzliche Privilegierung von Überstunden zunehmend als beschäftigungspolitisch kontraproduktiv. Daher wollen wir ein „Bonus-Malus-Modell“ einführen, welches durch eine arbeitszeitbezogene Differenzierung der Arbeitgeberbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen Anreize für die Reduzierung betrieblicher Arbeitszeiten setzt.

## **8. Ausbildungsplatzmisere beseitigen**

Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappt auf dem Ausbildungsmarkt immer mehr auseinander. Die ansteigende Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, steht einer abnehmenden Zahl an ausbildenden Betrieben gegenüber. Die Situation im Osten ist aufgrund der wirtschaftlichen Lage extrem und schockierend: Hier standen rund 56 000 Bewerbern Ende August 1997 nur 6000 freie Stellen zur Verfügung.

Wer der wachsenden Perspektivlosigkeit der Jugend etwas entgegensetzen will, muß hier ansetzen. Da die Wirtschaft insgesamt ihrer gesellschaftlichen Aufgabe der Lehrlingsausbildung nicht in

ausreichendem Maße nachkommt, ist die Zeit für politisches Handeln gekommen.

Die Ankündigung, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen mit einem angemessenen Ausbildungsniveau zu vergeben, wird die Probleme nicht lösen. Wir brauchen eine Umlagefinanzierung, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ermutigt, branchenspezifische Lösungen für Probleme der beruflichen Erstausbildung zu entwickeln. Nichtausbildende Betriebe werden zur Kasse gebeten, ausbildende Betriebe werden entlastet.

Die Unternehmen sollten versuchen, diese zusätzlichen Kosten zu vermeiden, indem sie genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und innerhalb ihrer Branchen eine Reform des dualen Systems der Berufsausbildung voranbringen.

## **9. Öffentliche Sicherheit dauerhaft gewährleisten**

Die Kriminalität in den neuen Ländern liegt um 27 Prozent höher als in den alten Ländern einschließlich Berlin. Besondere Sorge löst die Häufigkeit von Straftaten in den eher ländlich strukturierten Bundesländern des Ostens aus. Hier haben die Gewalttaten Jugendlicher Angst verbreitet. Auch die Zunahme rechtsextrem motivierter Straftaten gibt Anlaß zur Sorge. Ganz überwiegend begehen Straftäter im Osten wie auch im Westen jedoch Eigentumsdelikte.

Die Ursachen liegen in der wachsenden Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen als Folge des Lehrstellenmangels und der hohen Jugendarbeitslosigkeit, im Zerfall familiärer und sozialer Bindungen und fehlender Freizeitmöglichkeiten. Hier hatte die Schließung von Jugendzentren und Jugendtreffs katastrophale Folgen. Die Kürzung der Arbeitsförderung durch den Bund gefährdet im Osten auch die hierüber finanzierten und dringend notwendigen Jugendhilfemaßnahmen. Die Bundesregierung hat bei der Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und ihrer Folgen versagt.

Die Kriminalpolitik kann die Versäumnisse der Arbeitsmarktpolitik, den Mangel an Ausbildungsplätzen, die beklagenswerte Situation in der Kinder- und Jugendhilfe nicht ausgleichen. Der Mangel an Perspektiven und Zukunftschancen ist mit polizeilicher Repression nicht zu beseitigen. Statt dessen muß eine Offensive der sozialen, technischen und organisatorischen Prävention im Osten dem Entstehen von Kriminalität vorbeugen. Nötig sind gezielte Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für junge Menschen, um so die Risiken abweichenden Verhaltens zu verringern. Auch sollten gesetzliche Mindestanforderungen für eine flächendeckende Durchführung der Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilferecht festgelegt werden, um das finanzielle Ausbluten der Betreuungseinrichtungen zu verhindern.

Die vielfach geforderten Strafverschärfungen gegenüber Jugendlichen hingegen würden Rückfälle provozieren und so die öffentliche Sicherheit schwächen. Erhöhen muß sich aber das Risiko für Straftäter, entdeckt und zügig zur Verantwortung gezogen zu wer-

den. Hier ist neben Polizei und Justiz auch die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger gefragt.

Wir brauchen eine Städteplanung, die die öffentliche Sicherheit und das Sicherheitsempfinden auf Straßen, in Wohnanlagen und Bahnhöfen fördert und unterstützt. Der Verwahrlosung von Gebäudekomplexen und von Stadtteilen infolge Bodenspekulation ist durch eine Verpflichtung der Eigentümer zur Instandhaltung vorzubeugen. Aber auch eine stärkere Präsenz der Polizei vor Ort wäre wünschenswert.

Über die Innenministerkonferenz ist auf die flächendeckende Einrichtung kriminalpräventiver Gremien in den Kommunen zu drängen. Mit den Ländern und Kommunen sind Konzepte zu erarbeiten, wie der Schutz gesellschaftlicher Minderheiten und von Ausländerinnen und Ausländern vor rechtsextrem motivierten Straftaten herzustellen ist. Hierzu müssen die reichhaltigen Erfahrungen kriminalpräventiver Gremien vor Ort auf Bundesebene gebündelt werden.

Bonn, den 1. Oktober 1997

**Werner Schulz (Berlin)**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**





